

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 44
Februar 2023

Streik am UKGM für Entlastung?

Nicht Finanzspritzen, sondern eine Rückführung an das Land würde Probleme lösen

Die Ausgangssituation ist eigentlich denkbar einfach: Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg unter Roland Koch war ein katastrophaler Fehler, der rückgängig gemacht gehört! Das haben bis auf die CDU und die ihnen in Nibelungen-treue verbundenen Landesgrünen auch alle eingesehen. Allein, das Krankenhaus bleibt ein Spielball der Kon-



▲ Landtagsabgeordneter Jan Schalauske (in rotem Anorak) unterstützt bei einer ver.di-Kundgebung am UKGM die Forderung nach einem Entlastungstarifvertrag, die von 4163 Beschäftigten unterschrieben wurde (Transparent links).

zernerne und Märkte, aktuell unter der Ägide der Asklepios-AG, die es auch nicht verkaufen will. Daher ist auch OB Spies' Ankündigung, die Stadt würde sich mit einem dreistelligen Millionenbetrag an einem Rückkauf beteiligen, zunächst einmal eine Nebelkerze. Dass die Rückführung in öffentliches Eigentum dennoch möglich wäre, hat ein juristisches Gutachten von ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung und der LINKEN-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr gezeigt, der politische Wille hierzu fehlt allerdings. CDU und Grüne lehnten eine entsprechende Petition vor einigen Wochen im Landtag ab.

Die dramatische Verschlechterung in der Versorgungslage der Patient*innen, der Arbeitsbedingungen und der universitären Lehre sind vielfach kritisiert worden, die Schließung der Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist nur das jüngste frappierende Beispiel. Land und Konzern verhandeln aktuell über ein Investitionsabkommen, das gemischte Gefühle aus-

löst. Der beharrliche Druck der Beschäftigten, des Betriebsrates, der Gewerkschaft ver.di und der Zivilgesellschaft hat für Bewegung gesorgt. DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach einem Entlastungstarifvertrag mit Kündigungsschutz und Übernahmegarantien, für den ver.di streiken will.

Alle Verbesserungen für Beschäftigte und Patient*innen sind ein Schritt in die richtige Richtung, auch bei ungelöstem Grundproblem. Diese Punkte bleiben in den Verhandlungen bisher unbeantwortet, dennoch stehen Investitionszuschüsse des Landes von ei-

ner halben Milliarde Euro im Raum, ohne dass der Einfluss der öffentlichen Hand steigt.

Das Hauptproblem bleibt also bestehen: „Der fatale Zustand der Privatisierung wird weiter festgeschrieben“, wie der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im hessischen Landtag Jan Schalauske feststellt. Für DIE LINKE ist dagegen klar: Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um die Rückführung des UKGM in Angriff zu nehmen und die Gesundheitsversorgung in der Region wieder auf ein solides Fundament zu stellen.

Alexander Cramer

Soziale Stimme im Landtag

Interview mit Christiane Böhm, LINKEN-Landesvorsitzende

Christiane, du bist auf dem Landesparteitag von über drei Viertel der Delegierten zur neuen Vorsitzenden gewählt worden. Seit wann bist du dabei und was sind deine wichtigsten Themen?
Ich bin 1996 damals noch in die

Vorgängerpartei PDS eingetreten, weil ich schon immer links war und es in meinem ganzen politischen Leben geblieben bin. Mich treibt der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit an, und zwar weltweit gedacht.

Fortsetzung S. 4

Kommentar

Blick über den Tellerrand

Besuch in der Slowakei, Dezember 2022. In den Abendnachrichten dieselben Themen wie überall in der EU: Preissteigerungen, Inflation, Ukrainekrieg. Doch ein vorrangiges Thema wird ausgeblendet: die drohende Klimakatastrophe.

In Deutschland geschieht das nicht. Täglich wird in den Medien empört über „Straftäter“ berichtet: Aktivist*innen der „Letzten Generation“ kleben sich auf Autobahnen und Flugplätzen fest, stören das öffentliche Leben – und der Gipfel der „Dreistigkeit“: Einmal festgenommen, teilen sie mit, nach Freilassung weiterzumachen. Vertreter*innen sitzen in Talkshows, um das scheinbar unglaubliche Verhalten zu erklären. Und dann reden sie Klartext: Die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° Celsius ist nicht mehr realistisch. Der CO₂-Ausstoß nimmt weltweit weiter zu. In vielen Ländern werden bald Temperaturen herrschen, die mit dem Leben nicht vereinbar sind.

Darauf weisen Vertreter*innen von Fridays for Future schon lange hin – doch sie dringen nicht mehr durch, keiner regt sich noch auf. Und selbst wenn in Deutschland alle klimafreundlich lebten, ist die Katastrophe nicht mehr abwendbar. Deswegen ist die „Letzte Generation“ unverzichtbar – weltweit, in jedem Land! Denn nur durch allgemeines Aufsehen werden ihre Argumente gehört.

Klimaaktivist*innen der ganzen Welt – vereinigt euch! Und ja: Hoch die internationale Solidarität!
Ingeborg Cernaj

Foto: Philip Kaufmann

SPD hinkt Inflation hinterher

Was hindert den Magistrat daran, den Stadtpass an die Preisentwicklung anzupassen?

Im September 2022 hat die Marburger SPD öffentlich angekündigt, die Einkommensgrenzen für den Stadtpass um 10 Prozent erhöhen zu wollen. Ungeöhnlich, denn bisher erfolgte die regelmäßige Anpassung des Marburger Stadtpasses für Menschen mit geringem Einkommen immer still und heimlich durch den Magistrat.

Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen ist in der Tat überfällig und bis heute nicht erfolgt. Mit angekündigten 10 Prozent bliebe die

SPD aber hinter der Preisentwicklung zurück. Der Anstieg beträgt seit der letzten Anpassung der Stadtpass-Richtlinien im Mai 2021 mehr als 12 Prozent.

Die angekündigte vergünstigte Nutzung des Marburger Busverkehrs für Fahrgäste mit Stadtpass ist außerdem geringer als versprochen. Der Zuschuss für die Monatskarten soll angeblich von 22 auf 32 Euro steigen. Tatsächlich liegt der Zuschuss zur Monatskarte für Erwachsene schon seit 2014 bei 24,50 Euro. Damals kostete die Monatskarte 42 Euro in der Kernstadt. Heute kostet sie 50,10 Euro.

Wer also einen Stadtpass hat, würde nach Erhöhung des Zuschusses – wie schon 2014 – 18 Euro aus eigener Tasche für eine Monatskarte bezahlen. Das ist doppelt so viel wie für das 9-Euro-Ticket im Sommer 2022, das alle Menschen nutzen konnten.

Dabei hatte die SPD (ebenso wie die Grünen und die Klimaliste) im Koalitionsvertrag von 2021 den Stadtpassinhaber*innen eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs versprochen. Die Finanzmittel dafür wurden im Haushalt 2022 bereitgestellt und nicht ausgegeben. Im Haushalt 2023

werden die Mittel für den Stadtpass sogar von 1,75 Mio. Euro auf 1,13 Mio. Euro gesenkt.

Das zeigt, wo die Prioritäten liegen. Steuergeschenke an Biontech sind schneller unter Dach und Fach als eine substantielle Verbesserung der Leistungen für Menschen mit geringem Einkommen.

Jedenfalls darf man gespannt sein, ob nach Einführung des bundesweiten 49-Euro-Tickets am 1. Mai Stadtpassinhaber*innen künftig kostenlos fahren werden. Hessen hat nämlich angekündigt, für Menschen mit geringem Einkommen ein 31-Euro-Ticket einzuführen. Und wenn die Marburger SPD dieses tatsächlich mit 32 Euro bezuschussen will, ist der Nulltarif erreicht. Die SPD steht bestimmt zu ihrem Wort – oder? *Nico Biver*

Termine

► **Klimastreik** Demonstration in Marburg, Freitag, **3. März**
Zeit und Ort noch unbekannt

► **Internationaler Frauentag**
Demonstration in Marburg,
Mittwoch, **8. März**
Zeit und Ort noch unbekannt

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9,
35037 Marburg

► **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN, jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Ort: in Bürgerhäusern

► **Marburger Linke** öffentliche Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG**, dienstags, 18.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe:
DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf,
Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Alex Cramer (verantw.),
Renate Bastian, Nico Biver, Philipp
Henning, Felix Pflüger

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 9.2.2023

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Nicht allein das Abc bringt den Menschen in die Höh'

Zukunftswerkstatt mit Gewerkschaften diente der Vorbereitung auf die Ganztagschule

Ab 2026 werden für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagschule Weichen in der Bildungspolitik gestellt. Da sind auch die Kommunen als Schulträger gefragt.

Die Marburger Linke gab daher den Anstoß für eine Zukunftswerkstatt Ganztagschule. Schnell erweiterte sich die Runde um sachkundige Beschäftigte, um Gewerkschafter*innen,

Lehrer*innen und Eltern. In den letzten Novembertagen luden die GEW Kreis Marburg-Biedenkopf, ver.di Mittelhessen, der DGB Marburg und die Fraktion Marburger Linke ins Bürgerhaus Marburg-Wehrda ein. Kompetente und spannende Inputs kamen von Armin Duttine, ver.di Bundesverwaltung, Kai Eicker-Wolff für die GEW und Lise Kula von der Landtagsfraktion der LINKEN: Wie ist der Stand der Vorbereitungen? Morgens Schule – nach-

mittags Betreuung – reicht das als Anspruch?

Ganztagschule – das bedeutet weit mehr als die Verlängerung der Anwesenheit. Dies beleuchtete die Marburger Stadträtin Kirsten Dinnebir in einem Grußwort: Es geht um einen „Lern- und Lebensort, an dem sich Schüler*innen wohlfühlen, wo sie lernen können, gefördert und gefordert werden“. In Marburg arbeiten von 13 Grund- und beiden Förderschulen bereits jetzt 14 Schulen ganztägig – in den unterschiedlichen Ganztagsprofilen.

Zur Vision gehört auch, dass Chancen für Bildung und Teilhabe steigen. In seinem Grußwort schilderte der DGB-Kreisvorsitzende Pit Metz anschaulich, was individuelle Förderung bewirken kann. Die Eltern wiederum können Beruf und Familie vereinbaren.

In speziellen Arbeitsgruppen formulierten die 22 Teilnehmenden einige Anforderungen. Kleine Gruppen, ausreichend qualifiziertes Personal, Verlässlichkeit in den Öffnungszeiten und nicht zuletzt die Ferienbetreuung. Das sind die größeren Baustellen. Aber manchmal ist schon ein kleinerer Schritt getan mit freundlicheren, grüneren, entsiegelten Schulhöfen.

Renate Bastian

Neue Fraktionsvorsitzende



▲ Anfang Dezember wurde Tanja Bauder-Wöhr (re.) zur neuen Fraktionsvorsitzenden der Marburger Linken gewählt, Anja Kerstin Meier-Lercher zu ihrer Stellvertreterin. Die bisherige Vorsitzende Renate Bastian war bereits im Januar 2022 zurückgetreten, nachdem Fraktionsmitglieder gegen den Haushalt 2022 stimmten und damit die Koalition mit SPD, Grünen und Klimaliste beendeten.

„DIE LINKE wird gebraucht“

Kreisparteitag in Wehrda zieht Bilanz und wählt neuen Kreisvorstand

Solidarität war die Devise für den Kreisparteitag der LINKE Marburg-Biedenkopf Mitte November im Bürgerhaus Marburg-Wehrda. Einerseits erklärte die Versammlung sich in Resolutionen solidarisch mit dem Tarifstreit der IG Metall sowie der Besetzung des Audimax der Uni Marburg durch die Gruppe End Fossil: Occupy! und zuletzt den Bestrebungen zur Rückführung des UKGM in öffentliche Hand. DIE LINKE fordert dies seit Jahren und ein entsprechendes Rechtsgutachten von ver.di und der LINKEN-Landtagsfraktion hat die Machbarkeit gezeigt. Andererseits galt es, herausfordernde Debatten über Einheit in der Vielfalt der Linkspartei solidarisch zu führen und dabei auch Vergangenes aufzuarbeiten.

Zu Beginn stimmte die neu gewählte Landesvorsitzende Christiane Böhm die Genoss*innen auf das Jahr des Landtagswahlkampfes ein und betonte, dass in Hessen bei allen unterschiedlichen Ansichten



Foto: Alexander Cramer

▲ **Neuer Kreisvorstand (vlnr.): Dennis Neumann, Peter Lob (Schatzmeister), Hannah Freudenstein, Maximilian Peter, Urs Manuel Kollhöfer, Ayla Arthur, Philipp Henning (Vorsitzender).**

immer eine gemeinsame Linie gefunden worden sei. Auch in der Aufbereitung des Koalitionsaustritts in Marburg soll dies erreicht werden: Zu diesem Zweck entschied sich die Versammlung mit überwältigender Mehrheit dafür, im kommenden Frühjahr einen kommunalpolitischen Konvent zu veranstalten, bei dem die Grundlagen linker Kommunalpolitik diskutiert werden.

Der Kreisparteitag war nach Meinung von Anwesenden eine „runde Sache“, nicht zuletzt, weil der Personalmangel im Vorstand gelindert werden konnte. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde Philipp Henning als Nachfolger von Maximilian Peter gewählt. Allerdings blieben mehrere Frauenplätze im quotierten Vorstand unbesetzt. Dieser Makel soll im Laufe der Amtszeit behoben werden. *Alexander Cramer*

„Ich habe wieder Bock auf mein Leben“



Foto: Felix Pflüger

▲ **Wer in Chris' Erzählungen reinhören oder ihn für eine Lesung anfragen möchte, kann dies auf seinem YouTube-Channel „Chris Herz“ tun.**

Als ich zum ersten Mal fast tot war“ oder „Leben und Sterben in der Betty-Ford-Klinik“ – schon die Titel der autobiografischen Kurzgeschichten von Chris Herz lassen darauf schließen, dass der mittlerweile 34-jährige Autor des Öfteren kurz davorstand, sein Leben zu verlie-

ren. Wenn man sich heute mit dem vor Energie sprühenden gebürtigen Kasseler unterhält, ahnt man wenig von dessen schwerer Vergangenheit – Schulverweis, Kriminalität, schwere Drogenabhängigkeit. Das alles lässt Chris heute hinter sich, studiert Philosophie in seiner neuen Wahlheimat Marburg. „In meinem letzten Entzug habe ich angefangen zu schreiben und bemerkt, dass mir das extrem beim Verarbeiten hilft“, so Chris im Gespräch. Endlich schaffe er, was vorher nur Drogen konnten: sich angekommen fühlen. „All die Scheiße in meinem Kopf war einfach weg! Mir war mein Leben einfach egal!“, erzählt er. Schon mit 13 geriet er an Cannabis, später kamen Kokain und Heroin dazu – finanziert durch Drogenhandel. „Ich hätte mir in meiner Schule eine ehrliche Drogenaufklärung gewünscht, keine zwei alten Polizisten mit einem Koffer, denen Jugendliche eh kein Wort glau-

ben. Außerdem auch ein Fach, in dem man lernt, wirklich mit seinen Emotionen umzugehen“, antwortet der Autor auf die Frage, was ihm geholfen hätte, die „richtige Bahn“ einzuschlagen. Diese habe er nun mit Mitte 30 gefunden: seine Kurzgeschichtensammlung „Als ich immer wieder lachend in die Kreissäge sprang“ steht kurz vor der Fertigstellung, Chris liest an zahlreichen Orten in Hessen, darunter auch viele Schulen und im Café „Damals hinterm Mond“ in Marburg. Den Tränen nahe präsentierte er dort in sehr persönlicher und rauer Weise, die im Stil oft an Charles Bukowski erinnert, intimste Momente aus seinem Leben als Süchtiger und schließlich aus den harten Etappen des Entzugs. Dabei zeigt er mit aller Deutlichkeit, dass es sich lohnt, in den dunkelsten Momenten weiterzukämpfen: „Ich habe wieder Bock auf mein Leben!“.

Das Gespräch führte Felix Pflüger

Gastkommentar

End Fossil: Occupy! ein Anfang

2019 hat die Klimagerechtigkeitsbewegung Millionen Menschen in Deutschland auf die Straßen gebracht. Vor allem die Organisation Fridays for Future hat viele Schüler*innen und Studierende mobilisieren können. Dieser wurde einiges an medialer Aufmerksamkeit zuteil und das zu Recht, denn unser klimatisches System hält kein „Weiter so“ aus. Dennoch hat sich, wie die letzte Klimakonferenz bewiesen hat, nichts geändert.

Als Antwort auf dieses Systemversagen hat sich im März 2022 die Kampagne „End Fossil: Occupy!“ gegründet. „End Fossil: Occupy!“ plant, die Klimabewegung wieder stark zu machen, indem global Schulen und Universitäten besetzt werden. Das Ziel dabei ist, uns unsere Räume zu nehmen, uns zu bilden und vor allem zu organisieren, damit wir gut gewappnet in den Kampf gegen Ungerechtigkeiten eintreten können. Bis jetzt wurden ungefähr 40 Schulen und Unis weltweit besetzt.

Auch in Marburg haben wir den größten Hörsaal der Uni für fünf Tage besetzt und dort ein Alternativprogramm mit dem Schwerpunkt Klima und soziale Krisen geboten. So wurde ein Raum zum gemeinsamen Lernen, Austausch und Vernetzung geschaffen. Bei der Besetzung konnten wir uns für unsere nationalen wie lokalen Forderungen, auf die seitens der Unileitung kaum eingegangen wurde, stark machen. Diese Reaktion sowie die allgemeine Unfähigkeit Regierender zu handeln, zeigt uns, dass die Besetzung nur die erste Aktion gewesen sein kann. Deshalb sagen wir: „Bis bald. Kommt gerne dazu!“

Ein Mensch aus der Besetzung

Wiesbadener Zwischenruf

Zeugnis des Versagens

Mit der Veröffentlichung eines geheimen Berichts, „NSU-Akten“ genannt, durch die Initiative „Frag den Staat“ und das „ZDF-Magazin Royale“ kann alle Welt jetzt lesen, was manche wussten und viele vermuteten: Das sogenannte Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat im Kampf gegen rechts gnadenlos versagt. Die hessischen Schlapphüte gingen hunderten von Hinweisen auf bewaffnete Neonazis, Untergrundorganisationen und Anschlagplanungen nicht nach. Der Bericht dokumentiert: Im Kampf gegen die gewalttätige Rechte ist dieser Geheimdienst nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Wäre es nach dem Willen der Regierenden von Schwarz-Grün gegangen, der Bericht hätte erst 120, später immerhin noch 30 Jahre lang der Geheimhaltung unterlegen – obwohl mehr als 130.000 Menschen mit einer Petition die Freigabe einforderten, so viele, wie bei keiner anderen Petition zuvor. Von der Existenz des Berichtes hatte der hessische NSU-Untersuchungsausschuss ohnehin nur Kenntnis erlangt, weil die Fraktion DIE LINKE in den Akten Hinweise darauf entdeckt hatte. Die Mordserie des NSU, die Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der rassistische Terroranschlag von Hanau: In Zeiten, in denen die Gefahr von rechts immer weiter wächst, bleibt der NSU-Bericht Zeugnis des Versagens des Verfassungsschutzes und Beleg für den erbärmlichen Umgang damit durch die schwarz-grüne Landesregierung. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach der Einrichtung eines bundesweiten „Archivs Rechtsterrorismus“, in dessen Bestand auch der hessische NSU-Bericht gehört.

Jan Schalauske

Geschlossen zur Landtagswahl

Hessische LINKE wählte auf Landesparteitag eine neue Parteispitze



Foto: DIE LINKE - Hessen

▲ Übergabe der Staffelstäbe durch Petra Heimer (l.) und Jan Schalauske (r.) an die neuen Landesvorsitzenden der hessischen LINKEN Christiane Böhm (2.v.l.) und Jakob Migenda

Am letzten Oktoberwochenende fand in Dietzenbach unweit von Frankfurt der Landesparteitag der hessischen LINKEN statt. Neben Grußworten zur Lage im Iran, Solidaritätsbekundungen mit den Angestellten der Binding Brauerei in Frankfurt und Anträgen – darunter auch einigen zur Satzung – war der Parteitag vor allem durch die Neuwahl des Landesvorstands geprägt.

Die bisherigen Landesvorsitzenden Petra Heimer und der Marburger Jan Schalauske hatten bereits im Vorfeld angekündigt, Raum für neue Impulse machen zu wollen. Am Samstag wählten die Delegierten die sozial- und gesundheitspolitische Landtagsabgeordnete Christiane Böhm aus dem Kreis Groß-Gerau und den attac-Campaigner Jakob Migenda aus Darmstadt als ihre Nachfolger*innen.

Fortsetzung von S. 1

Soziale Stimme im Landtag

Interview mit Christiane Böhm, LINKEN-Landesvorsitzende

Ich will nicht akzeptieren, dass Menschen in der heutigen Welt immer noch ausgebeutet werden. Es muss der Anspruch linker Politik sein, das zu verhindern und zu beenden. Dabei wird natürlich auch die ökologische Frage immer zentraler.

2022 war ein schwieriges Jahr für DIE LINKE. Was lässt dich trotzdem optimistisch ins neue Jahr blicken?

In Hessen ist das vor allem die Arbeit der Landtagsfraktion, die als linke Opposition hervorragend funktioniert. Wir zeigen etwa konsequent die Rechtsentwicklung im Land auf, nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den Sicherheitsbehörden. Wir haben es geschafft, aus der Opposition heraus dafür zu sorgen, dass Hessen mehr tut für Kinderrechte, Frauen-

rechte und Menschen mit Behinderung. Dabei agieren wir nicht allein, sondern immer in Verbindung mit gesellschaftlichen Bewegungen, für die wir die Stimme im Parlament sein wollen.

Im Herbst wird der Landtag gewählt. Bei welchen Themen würde sich eine Stärkung der LINKEN besonders positiv auswirken?

Wir stellen die Frage nach bezahlbarem Wohnraum in den Mittelpunkt, kämpfen gegen Spekulation und für sozialen Wohnungsbau. Andere Parteien sind auf diesem Feld inkonsequent und nicht verlässlich. Außerdem wollen wir allen Menschen soziale Teilhabe ermöglichen, einerseits durch Sozial- und Kulturpässe, andererseits auch

Die weiteren Vorstandsmitglieder kommen aus den unterschiedlichsten Kreisen. Marburg-Biedenkopf wird fortan allerdings kein Mitglied des nunmehr auf 19 Personen verkleinerten Vorstands stellen.

Darüber hinaus spiegelte die Atmosphäre am Wochenende das Bestreben wider, nach den diversen Negativschlagzeilen auf Bundes- und zuletzt auch Landesebene ein positives, geschlossenes Bild nach außen präsentieren zu können. Eine Debatte über konsequenteres Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt machte hierfür den Auftakt und der Leitantrag „LINKES Feuer der Solidarität! Statt sozialer Kälte der Regierenden“ stellte die Weichen für das Wahlkampfjahr 2023. Die Kritik an Ampel & Co. konnte die Bundesvorsitzende Janine Wissler anschließend in ihrem Redebeitrag unterstreichen. Sie verwies zudem auf den nötigen Druck von links und den Beitrag der LINKEN-Landtagsfraktion. Philipp Henning

durch einen gut ausgebauten, am besten kostenlosen öffentlichen Nahverkehr.

Wenn du eine Sache sofort politisch durchsetzen könntest, was wäre das?

Eine Psychiatriereform. Und insgesamt Veränderungen im Gesundheitssystem. Zum Beispiel müssen die Kommunen gestärkt werden, gerade mit Blick auf die ambulante Pflege. 80 Prozent der Menschen werden zu Hause gepflegt, oft von Angehörigen. Und die werden mit allen Herausforderungen fast völlig allein gelassen.

Das Interview führte Alex Cramer.

LINKS hilft:

Sozial-sprechstunde

Dienstags, 14-18 Uhr

Büro DIE LINKE
Elisabethstr. 9, Marburg